

Kooperation und Konflikt

Kooperatives Verhalten führt für alle Beteiligten zu einem besseren Ergebnis – sei es beim Freihandel, dem Klimawandel oder bei der Sicherung wichtiger Ressourcen auf Unternehmensebene.

In den vergangenen Jahren ist allgemein eine zunehmende Verunsicherung zu beobachten: Wirtschaftskrise, Terrorismus, Kriege, Migration, Globalisierung, Klimawandel oder technologischer Wandel tragen dazu bei. Ökonomische und politische Konsequenzen sind bereits sichtbar - wirtschaftliche und (geo-)politische Kooperationen werden in Frage gestellt, teils sogar aufgekündigt. Dabei waren es Kooperationen, die zu Frieden, Wohlstand und Fortschritt führten, nicht der Konflikt.

Kooperatives Verhalten begrenzt den Verlust in vielen Entscheidungssituationen

In vielen **Entscheidungssituationen** hängt der Nutzen eines Akteurs von den Handlungen eines anderen Akteurs ab. In dieser als **Gefangenendilemma** beschriebenen Situation könnten beide Akteure mit eigensinnigem Verhalten jeweils den maximalen individuellen Nutzen generieren. Da das finale Resultat aber vom Verhalten beider abhängt, führt die dominante Strategie nicht-kooperativen Verhaltens zu einem suboptimalen Ergebnis: Beide verlieren relativ zum individuell optimalen Ergebnis, aber auch in Relation zum kooperativen Ergebnis. **Um den Verlust zu begrenzen, muss kooperatives Verhalten erreicht werden.**

Im Wesentlichen gibt es drei Mittel, kooperatives Verhalten zu fördern:

1. Belohnungen und Anreizsysteme
2. Strafen und soziale Ächtung gegenüber Nicht-Kooperation
3. Bessere Koordination von Kooperation durch aktive Kommunikation.

Eine der größten menschlichen Errungenschaften ist, dass sich häufig die Kooperation als sozial erwünschte Antwort in solchen Situationen durchgesetzt hat. Aus der Verhaltensökonomie weiß man, dass Gruppen, deren Mitglieder kooperieren, **sowohl wirtschaftlich als auch sozial erfolgreicher sind** (vgl. Fischler).

Die wirtschaftspolitischen Blätter 3/2017

widmen sich dem diesjährigen Generalthema des Europäischen Forums Alpbach „**Kooperation und Konflikt**“. Darin erfahren Sie u.a. mehr über Handelspolitik, Sanktionspolitik, Investitionen, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz, Kooperationsformen zwischen Unternehmen und Perspektiven für Entwicklungszusammenarbeit.



Das Gefangenendilemma dient zur Veranschaulichung vieler **ökonomischer, politischer und sozialer Konfliktsituationen**, beispielsweise des Freihandels, des Klimaschutzes, der Migration, der Steuervermeidung, der Staatsverschuldung in einer Währungsunion – die Liste lässt sich beinahe beliebig fortsetzen. Auch auf Unternehmensebene ist es zur Absicherung kritischer Ressourcen zentral, tragfähige Kooperationen zu etablieren. Einige dieser Entscheidungssituationen und mögliche Lösungen werden in den Wirtschaftspolitischen Blättern 3/2017 thematisiert.

Kooperation in der Handelspolitik erhöht die gesamte Wohlfahrt

Eine quantitative Abschätzung einer **nicht-kooperativen Handelspolitik** bzw. von Handelskonflikten zeigt substantielle negative Wohlfahrtseffekte. Die Aufkündigung der kooperativen Handelspolitik **würde die Wohlfahrt der Länder im Durchschnitt um 3,5 % des realen Prokopfeinkommens reduzieren**, wobei die Verluste in kleinen, offenen Volkswirtschaften wie Österreich stärker ausfallen. Die Grundprinzipien der WTO - **Reziprozität und Nicht-Diskriminierung** - ermöglichen es, dem Gefangenendilemma nicht-kooperativen Verhaltens zu entkommen. Daher ist eine fundamentale Bedingung für das Funktionieren der Welthandelsordnung, dass diese Grundregeln akzeptiert werden (vgl. Felbermayr).

Dass intensive wirtschaftliche Vernetzung allerdings kein Garant für (politische) Kooperation sein muss, zeigt der verfahrenere **Konflikt zwischen Europa und Russland**. Die Dynamik, mit der eine enge und für beide Seiten fruchtbare wirtschaftliche Kooperation in einen sicherheitspolitischen Konflikt umgeschlagen ist, gibt Rätsel auf. **Denn diese Entwicklung lässt sich kaum mit rationalen Kosten-Nutzen-Kalkülen erklären**. Aus vielerlei Gründen ist eine Beilegung des Konflikts für beide Seiten wichtig - die Frage ist jedoch, welche Wege aus so einer verfahrenen Situation herausführen können (vgl. Dembinski & Spanger).

Verunsicherung bremst Investitionen

Auf Unternehmensebene stellt sich die Frage, **ob eine zunehmende wirtschaftliche Verunsicherung die Investitionsneigung beeinträchtigt**. Die Unsicherheit in Deutschland war während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 merklich höher als etwa nach den Terroranschlägen in den USA 2001. Einen erheblichen Schub erfuhr die Verunsicherung mit der eskalierenden Staatsschuldenkrise in Europa 2011; die Abstimmung im Vereinigten Königreich zum Austritt aus der EU und die US-Wahl im November 2016 gaben neue Impulse. Ein Blick in die Vergangenheit lehrt, dass solche **institutionellen Verschlechterungen** den Handel, die grenzüberschreitenden Unternehmensfinanzierungen und die Mobilität von

3,5 %
des realen Durchschnittseinkommens beträgt der Wert der globalen Handelskooperation.

Fachkräften beeinträchtigen und **das Wachstum der Weltwirtschaft nachhaltig bremsen können** (vgl. Grömling).

Die weltweit hohe **Unsicherheit infolge von Protektionismus stellt für 28 % der deutschen Unternehmen ein starkes Investitionshemmnis dar**, die wirtschaftliche Unsicherheit in Europa bremst 27 %. Unsicherheit besteht auch bei Investitionsentscheidungen im Zusammenhang mit neuen Technologien und der Digitalisierung: Im Frühjahr 2017 gaben 11 % der befragten deutschen Unternehmen an, dass dies ein starkes Investitionshemmnis darstellt (vgl. Grömling).

Von Klimaschutz bis Entwicklungszusammenarbeit: Konfliktbearbeitung und Krisenprävention auf supranationaler Ebene

Ähnlich wie in der Handelspolitik ist die Problemlage beim **Klimaschutz**, wo **widerstrebende globale Interessen**, die auf die kurzfristige individuelle Nutzenmaximierung abzielen, zu einem insgesamt suboptimalen Ergebnis führen. Das Ziel muss sein, potenzielle **Konflikte zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum für alle Seiten vorteilhaft aufzulösen** (vgl. Fischler, Mattauch et al., Partzsch).

Mit der Beschränkung der Erderwärmung im Pariser Klimaabkommen auf höchstens 2°C über das vorindustrielle Niveau bis 2100 sollen die Risiken reduziert werden. In Österreich überschreitet die mittlere Erwärmung relativ zu 1950 - 1980 bereits 1°C. Die geschätzten **Schäden an der österreichischen Wirtschaft durch Extremwetterbedingungen belaufen sich auf etwa 1 Mrd. Euro jährlich** – bis 2050 könnten sie auf 3,8 - 8,8 Mrd. Euro pro Jahr ansteigen (vgl. Mattauch et al.).

Auch wenn **CO₂-Preise** das zentrale Regulierungsinstrument zur Emissionsreduktion darstellen, müssen sie von **Technologie- und Infrastrukturpolitik** flankiert werden, wenn erfolgreiche Lösungen gefunden werden sollen. Dazu müssen zusätzliche Ziele und Instrumente auf nationaler Ebene geschaffen werden. **Für österreichische Unternehmen** wird es auf dem Weg zur Dekarbonisierung neben den Herausforderungen auch **zahlreiche Chancen** geben, **neue Märkte** zu erschließen und **Arbeitsplätze** zu sichern (vgl. Mattauch et al.).

Wie sich Kooperation den Gegebenheiten anpasst, zeigt sich am Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit. Im Kalten Krieg galt die Entwicklungszusammenarbeit als Instrument zur Förderung außenpolitischer Allianzen und der wirtschaftlichen Interessen der Geberländer. Erst danach wurden verstärkt Themen der "guten Regierungsführung" in den Vordergrund gestellt. Seit „9/11“ rückten Aspekte von Sicherheit und Frieden in den Vordergrund. So liegt die Ausgabenpriorität bei Krisenländern wie Afghanistan und Pakistan, auch Förderansätze zugunsten regionaler Akteure mit sicherheitspolitischer Relevanz wurden geschaffen (vgl. Klingebiel).

Klimaziele, die von adäquater Technologie- und Infrastrukturpolitik begleitet werden, bergen Wachstumschancen für die österreichischen Unternehmen.

Unsicherheit bremst Unternehmensinvestitionen.

Die Politik der **Konfliktbearbeitung und Krisenprävention muss langfristig angelegt sein** – die aktuellen Fluchtbewegungen zeigt dies drastisch auf. Funktionierende Strategien zum Umgang mit globalen Herausforderungen sind nur durch **enge grenzüberschreitende Kooperationen** möglich. Dies gilt auch für Regionen, die sich nicht in unmittelbarer europäischer Nachbarschaft befinden (vgl. Klingebiel).

Konflikten und Verunsicherung durch verstärkte Kooperation entgegentreten

Fehlen die **Regeln für eine institutionalisierte Zusammenarbeit**, fällt es schwerer, Kooperation durchzusetzen. Umso weitreichender sind allerdings die positiven Effekte, wenn sie gelingt. Gerade die **Europäische Union** als staatenübergreifende Instanz ist eine der größten Errungenschaften, die Wohlstand und Frieden dauerhaft ermöglicht. Sie **überträgt die Lösung von Interessenkonflikten an von allen Mitgliedern akzeptierte Institutionen** und sie fördert die Kooperation innerhalb der Mitgliedsstaaten (vgl. Fischler).

Eine **starke Europäische Union** ist die wohl profitabelste politische Investition für alle Beteiligten. Sie ist auch Voraussetzung dafür, **die Globalisierung wesentlich mitzugestalten** und die europäischen Werte international zu vertreten. Aus den jüngsten Konflikten müssen jedoch Konsequenzen gezogen werden – Kooperation muss verstärkt die **Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung** im Fokus haben (vgl. Fischler).

FAZIT Auch wenn Kooperation häufig eine mühselige und langwierige Angelegenheit ist, deren Früchte sich nicht unmittelbar zeigen, bildet sie dennoch die eindeutig bessere Alternative zum Konflikt. Dies gilt nicht nur in der Handelspolitik oder beim Klimaschutz, sondern ganz allgemein in vielen sozialen Entscheidungssituationen.

Krisenprävention und Konfliktlösung erfordern enge internationale Kooperation.

Eine akzeptierte staatenübergreifende Instanz erleichtert Konfliktlösung und Kooperation.

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche Interessen-
vertretung.

Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider,
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien

Offenlegung: wko.at/offenlegung

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich,
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik,
Leitung: Dr. Christoph Schneider,
Wiedner Hauptstraße 63, 1045
Wien, wko.at/wp, wp@wko.at,

Autorin/Ansprechpartnerin:

Dr. Elisabeth Nindl,
redaktion.wpb@wko.at
Tel: 05 90 900-4216